STADT PULHEIM
DER BÜRGERMEISTER

Vorlage Nr.: **138/2025 1. Ergänzung**

Aktenzeichen: **II / 50**

Vorlage zur Beratung/Beschlussfassung

Gremium	TOP	ö. Sitzung	nö. Sitzung	Termin
Ausschuss für Soziales, Generationen und Integration		**X**		**25.11.2025**

Betreff

Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Inklusion und eines Inklusionsbeirats sowie Erstellung eines kommunalen Inklusionskonzeptes für die Stadt Pulheim

Veranlasser/in / Antragsteller/in

Fraktion BVP und Fraktion B90 / Die Grünen

Haushalts-/Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Die Vorlage hat haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:				
– bei Einzahlungen bzw. Erträgen		ja	x	nein
– bei Auszahlungen bzw. Aufwendungen		ja	x	nein
Die Vorlage hat personalwirtschaftliche Auswirkungen:		ja	x	nein

Finanzierungsbedarf gesamt: (ggf. inkl. zusätzlicher Personalkosten)		**€**
— im Haushalt des laufenden Jahres		€
— in den Haushalten der folgenden Jahre		€
		€
		€

Die Mittel stehen haushaltswirtschaftlich zur Verfügung: ja nein

Finanzierungsvorschlag (und ggf. weitere Erläuterungen):

Beschlussvorschlag

1. Der SGIA lehnt den Antrag der Fraktion BVP vom 28.05.2025, eine Koordinierungsstelle für Inklusion und einen Inklusionsbeirat einzurichten, ab.

2. Der SGIA lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.05.2025, ein kommunales Inklusionskonzept für die Stadt Pulheim zu erarbeiten, ab.

Erläuterungen

Bereits in der Vorlage 38/2023 sowie Vorlage 52/2024 wurde dem SGIA über verschiedene Aspekte der Inklusionsarbeit der Stadt Pulheim berichtet. Die Aufgaben zur Förderung von Inklusion sind in Pulheim auf mehrere Fachämter verteilt und werden dort kontinuierlich bearbeitet. Die aufgabenbezogene Organisation ist in der Sache vorteilhaft und verzichtet auf einen zusätzlichen aufbauorganisatorischen Aufwand und weitere Schnittstellen. So wird bewusst auf einen zusätzlichen Inklusionsbeirat verzichtet, der ohne erkennbaren Mehrwert einen höheren administrativen Aufwand verursachen würde.

In der letzten Sitzung des SGIA am 09.09.2025 ist beschlossen worden (s. Protokollunterlagen 09.09.2025), „*die Verwaltung zu beauftragen, die bestehenden Aktivitäten zur Inklusion weiterhin ämterübergreifend zu koordinieren, die Transparenz der Angebote, auch auf der städtischen Homepage, zu erhöhen und dem Ausschuss jährlich einen kompakten Sachstandsbericht vorzulegen.*“

Die Verwaltung erkennt die Bedeutung des Themas Inklusion und Teilhabe ausdrücklich an. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention und in nationalen Gesetzen verankert.

Die Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und des Bürgervereins Pulheim hatten ihre Anträge in die nächste Ausschusssitzung verschoben, weswegen sie mit dieser Vorlage erneut vorgelegt werden. Die Verwaltung schlägt vor, den am 9.9.2025 beschlossenen pragmatischen und ressourcenschonenden Beschluss entsprechend umzusetzen. Die Verwaltung sieht damit einen sinnvollen Weg, die Inklusionsarbeit in Pulheim kontinuierlich weiterzuentwickeln und die Transparenz für Betroffene und Interessierte zu erhöhen.